

In der Senatssitzung am 7. Oktober 2025 beschlossene Fassung

Senator für Finanzen
Senatskanzlei

06.10.2025

Vorlage für die Sitzung des Senats am 07.10.2025

Bericht zur Staatsrät:innenlenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung

A. Problem

In seiner Sitzung vom 18.06.2024 hat der Senat der Freien Hansestadt Bremen die Einsetzung einer Staatsrät:innenlenkungsgruppe zum Thema Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung (Lenku VD) beschlossen. Die Federführung für die Lenkungsgruppe wird vom Senator für Finanzen (SF) und der Senatskanzlei (SK) gemeinsam wahrgenommen.

Mit der Einsetzung bat der Senat die Lenkungsgruppe, ihn über die identifizierten Schwerpunktprojekte und das geplante Berichtswesen zu unterrichten. Den ersten Tätigkeitsbericht hat der Senat am 17.12.2024 zur Kenntnis genommen.

B. Lösung

Die Staatsrät:innenlenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung widmet sich folgenden Schwerpunktprojekten bzw. –programmen:

- 1) Verkürzung der Wartezeit im Bürgeramt
- 2) Aufbau eines Digitalen Bürger:innenamtes
- 3) Erarbeitung einer KI-Strategie für die FHB
- 4) Chance „Zukunftsfähige Datennutzung in der FHB“
- 5) Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung

Die Mitglieder der Staatsrät:innenlenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung haben im laufenden Arbeitsprozess ein zusätzliches Schwerpunktthema identifiziert. Das Vorhaben „Registermodernisierung bzw. Zukunftsfähige Datennutzung“ hat die Lenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung aufgrund der strategischen Bedeutung für die transformative Nutzung von KI in ihr Projektportfolio aufgenommen.

Darüber hinaus hat sich die Staatsrät:innenlenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung beginnend mit der Sitzung vom 28.01.2025 damit auseinandergesetzt, wie das

Ranking der FHB bei den Digital-Indizes, die vom BITKOM und D21 erhoben werden, verbessert werden könnte. Der Arbeitsprozess wird in einer Entscheidungsvorlage für den Senat münden.

Die Lenkungsgruppe hat seit dem ersten Bericht an den Senat im Dezember 2024 vier weitere Male getagt. Der Lenkungsgruppe auf Ebene der Staatsrätinnen und Staatsräte gehören die folgenden Ressorts an:

- Der Senator für Finanzen
- Die Senatskanzlei
- Der Senator für Inneres und Sport
- Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung
- Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration
- Die Senatorin für Justiz und Verfassung
- Die Senatorin für Kinder und Bildung

sowie der Magistrat Bremerhaven und der Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten.

Zu den einzelnen Projekten und Vorhaben legt die Lenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung hiermit den zweiten Zwischenbericht vor.

1) Verkürzung der Wartezeit im Bürgeramt

Im IV. Quartal 2025 läuft die Phase der Installation ein neues „Pop-Up-BSC“ des Bürgeramtes Bremen auf Flächen des Alten Postamtes. Der Betrieb soll zum Januar 2026 aufgenommen werden. Der Senator für Inneres und Sport konnte in einer gemeinsamen Aktion mit der BSAG eine Win-Win-Maßnahme entwickeln, in der ca. 10 Fahrer:innen, die derzeit nicht von der BSAG eingesetzt werden können, vorübergehend das Bürgeramtes unterstützen. Insbesondere durch dieses Pop-Up wird es – nach einer gewissen Anlaufphase – zu einer spürbaren Entlastung des Termingeschäfts im Bürgeramt Bremen sowie damit einhergehend einer deutlichen Reduzierung der Terminvorlaufzeiten kommen.

Parallel dazu wird der Senator für Inneres und Sport mittels einer Digitalisierungskampagne ganz gezielt auf die Inanspruchnahme der bestehenden Online-Dienstleistungen durch die Bürger:innen hinwirken. Dies hat folgenden Hintergrund: Das Bürgeramt Bremen verzeichnet jährlich nahezu 380.000 Bearbeitungsvorgänge. Darunter fast 150.000 Kfz-Zulassungen, etwa 66.000 Wohnungsmeldungen und rund 24.000 Führungszeugnisse. Im ersten Halbjahr 2025 waren es rund 105.000 dieser Anliegen.

Die drei genannten Anliegen – jährlich rund 240.000 Vorgänge, also mehr als die Hälfte aller Anliegen – könnten bereits heute überwiegend als Online-Dienstleistung genutzt werden: Die elektronische Wohnsitzanmeldung (eWA) steht bremischen Bürger:innen seit September 2024 zur Verfügung, das digitale Kfz-Zulassungsverfahren iKfz seit mehreren Jahren, die aktuelle Version „iKfz Stufe 4“ seit Dezember 2024. Zudem können Führungszeugnisse als Dienstleistung des Bundes bereits seit August 2022 online beantragt werden.

Die tatsächliche Inanspruchnahme der Online-Dienstleistungen durch die bremischen Bürger:innen ist gegenwärtig – wie auch sonst im Bundesgebiet – allerdings sehr gering. Bei den Kfz-Anliegen liegt die Nutzungsquote in Bremen aktuell bei lediglich 15 Prozent, obgleich die Gebühren der Online-Dienstleistung hier geringer sind als bei einer vor-Ort-Dienstleistung. Bei Wohnungsmeldungen beträgt die Nutzungsquote digitaler Dienstleistungen sogar nur 13 Prozent.

Das Projekt zur „Reduzierung der Wartezeiten und Optimierung der Terminvergabe im Bürgeramt“ hat im Zuge seiner Arbeit die geringe Inanspruchnahme digitaler Dienstleistungen als einen wesentlichen Faktor identifiziert, der der Zielvorgabe, dass Bürger:innen für Großanliegen im Bereich Wohnungsmeldungen und Ausweis- und Reisedokumente in maximal 31 Kalendertagen einen planbaren Termin buchen können, entgegensteht und insoweit eine Digitalisierungskampagne als eine zielführende Maßnahme beschrieben, der geringen Inanspruchnahme digitaler Dienstleistungen des Bürgeramtes Bremen entgegenzuwirken.

Sofern Bürger:innen zukünftig vermehrt die schon jetzt zur Verfügung stehenden Online-Dienstleistungen nutzen würden, könnte das Termingeschäft in den BürgerServiceCentern entlastet werden. Insbesondere könnten vor-Ort-Termine überwiegend für solche Dienstleistungen vorgehalten werden, die noch nicht digital genutzt werden können, also insbesondere Ausweis- und Passangelegenheiten. Bei einer mittelfristig realistisch zu realisierenden Nutzungsquote der Online-Dienstleistungen von 20 bis 30 Prozent könnten so jährlich bis zu 15.000 zusätzliche Termine z. B. für Ausweis- und Passangelegenheiten gebucht werden, weil der Arbeitsaufwand der Sachbearbeitenden für Online-Dienstleistungen signifikant hinter demjenigen der vor-Ort-Dienstleistungen zurückbleibt.

Nachdem 2024 bereits die Einführung der eWA im Zuge einer Plakataktion auf Stromkästen und in den BürgerServiceCentern beworben worden war und in den BürgerServiceCentern zudem Info-Flyer zur BUND-ID ausgegeben werden, soll nunmehr mittels der Digitalisierungskampagne ganz gezielt auf die Inanspruchnahme der bestehenden Online-Dienstleistungen durch die Bürger:innen hinwirken werden.

Im Zuge der Digitalisierungskampagne werden die digitalen Dienstleistungen mit Plakaten (z.B. auf Stromkästen, in Hochschulen sowie in Bädern), auf Social-Media-Kanälen sowie im FahrgastTV in den Bussen und Bahnen der BSAG beworben. Die in Erstellung befindlichen Werbemittel werden mit einem QR-Code versehen, der Bürger:innen unmittelbar zu den digital verfügbaren Dienstleistungen führen wird.

Zudem werden ab Oktober d.J. vier Digitallotsen im BSC-Stresemannstraße die Bürger:innen bei der Inanspruchnahme digitaler Dienstleistungen vor Ort unterstützen, um hierdurch die Akzeptanz und Nutzung digitaler Dienstleistungen zu erhöhen. Vorgesehen ist hierfür zunächst der Einsatz von Auszubildenden. Bürger:innen, die zur Inanspruchnahme der digitalen Dienstleistungen technischer Hilfe bedürfen, werden dann von den Digitallotsen vor Ort auf dem eigenen Handy, dem eigenen Tablet oder Laptop gezeigt bekommen, wie der Personalausweis für Onlinedienste genutzt werden kann und beispielsweise eine Wohnungsummeldung auch online möglich ist. Sie können zudem zugleich eine neue PIN an die Bürger:innen herausgeben. Bei Anruf der Behördennummer 115 mit Terminwünschen von Bürger:innen, soll immer darauf hingewiesen werden, dass auch die Online-Dienstleistung möglich ist und dafür zur Hilfe auch Digitallotsen im Bürgeramt mit kurzfristigen Terminen aufgesucht werden können. Zukünftig wird zudem bei jedem Bürgerkontakt im Bürgeramt auf die PIN-Zurücksetzungsmöglichkeit hingewiesen werden.

2) Aufbau eines Digitalen Bürger:innenamtes

Programm: Serviceportal

Mit dem Aufbau des „Digitalen Bürger*innen und Unternehmensamtes“ (DBA), das die Bearbeitung von Anliegen optimal bündelt, digital zugänglich macht und medienbruchfrei Ende-zu-Ende digital bearbeitet, hat sich die Lenku VD in jeder ihrer Sitzungen beschäftigt. Die Annäherung an das Zielbild soll in einer gestuften Schrittigkeit erfolgen. In seiner Zielausrichtung soll das DBA die Koordinierung der verschiedenen Ressortinteressen in einem Lebens- und Unternehmenslagen orientierten digitalen Ökosystem koordinieren, bei der Befähigung der zivilen Gesellschaft zur Nutzung der digitalen Verwaltung unterstützen und somit aktiv eine Nutzen- und Nutzenden orientierten Verwaltung gestalten.

Ausgangspunkt war das Bild von einem Haus mit vielen WG-Zimmern, wobei es sich dabei um die Lebens- bzw. Unternehmenslagen der Bürger:innen und Unternehmen handelt. Das Haus soll daher nicht zu einer Perpetuierung der Silosituation der Ressorts führen, sondern zu einer Bündelung und Konzentrierung der Anliegen. Der Hauswirtschaftsraum sollte die zentrale „Haustechnik“ beherbergen. Unklarheiten bestanden bei der Frage, wer dieses Haus leiten und die

Regeln für die Hausgemeinschaft aufstellen soll. Der Plan, dieses Commitment zur Fortsetzung der konzeptionellen Tätigkeit auf der Staatsrät:innenklausur zu erzielen, konnte bisher nicht umgesetzt werden.

Um den Aktivitäten unabhängig vom Gesamtbild weiteren Fortgang zu geben, wurde der Fokus der Tätigkeiten folglich auf den weiteren Ausbau des Serviceportals als Single Point of Contact gelegt, um dem Vorhaben insgesamt weiter Fortgang zu geben. In diesem Zusammenhang wurde das Projekt zur Konsolidierung und Standardisierung der bestehenden Exporte im zweiten Quartal 2025 abgeschlossen. Ein umfassendes Redesign des Serviceportals und eine optimierte Nutzendenführung für die Terminbuchung befinden sich derzeit in den finalen Tests, die Produktivsetzung ist für Q4 2025 geplant. Auch die Arbeiten zur Anbindung der BundID zur sicheren Authentifizierung gegenüber verschiedenen Online-Dienstleistungen stehen kurz vor dem Abschluss. Weitere Folgeprojekte befinden sich bereits in der technischen Umsetzung und/oder haben die Konzeptionsphase abgeschlossen. Die Weiterentwicklungen des Portals orientieren sich an umfassenden Nutzungsauswertungen und erfolgen unter Einbeziehung der Landesredaktion Bremen sowie verschiedener Expert*innen zu den Themen Nutzendenführung, Webdesign, Bürge:innenservice, verständliche Sprache, Terminmanagement und Prozessmanagement. Details zum Programm stehen unter <https://www.service.bremen.de/das-neue-serviceportal-191193> zur Verfügung, die Projektstände werden dort regelmäßig aktualisiert. Bisher noch vorliegende dezentrale oder themenspezifische Portale werden sukzessiv zurückgebaut, so dass andere Portale lediglich auf das Serviceportal referenzieren. Erste Beispiele für ein Zurückbauen dezentraler „Serviceportale“ sind das Dienstleistungsportal von Geoinformationen Bremen und der Bereich „Soziales“ (z.B. Existenzsicherung) bei der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration.

Im Meilenstein 2 wurde eine Kooperation mit dem Verein Bürgerservice.org eingegangen, um eine Verbesserung der digitalen Verwaltungsprozesse und Beratung vor Ort zur Sicherstellung der Digitale Barrierefreiheit zu erreichen. An zentralen Punkten mit Bürger:innenkontakten (vor allem in den BSCs) könnten direkt Hilfestellung für Bürger:innen bei der Nutzung digitaler Verwaltungsangebote etabliert werden. Hierzu wurde ein kleines Projekt in weiterer Kooperation mit dem Verein „eGovernment made in Bremen“ aufgesetzt. Digital Guides unterstützen für 2 x 2 Stunden in der Woche Bürger*innen im Umgang mit der Onlinefunktion des Personalausweises. Das Projekt läuft bis Ende November 2025 und wird mit einer Evaluierung der Ergebnisse abgeschlossen. Bisher werden sehr positive Rückmeldungen verzeichnet. Das BSC führt ein ähnliches Vorhaben durch (Digital-Lotsen). Die Gespräche zwischen SF und BSC sollen fortgesetzt werden, um die Angebote sinnvoll zu ergänzen.

Für den Meilenstein 3 und die Ausgestaltung der sogenannten WG-Zimmer muss im weiteren Verlauf der Lenku VD am gemeinsamen Zielbild weitergearbeitet werden.

3) Aktueller Status der KI-Strategie

Das Projekt konnte aufgrund von Verzögerungen bei der Auftragsklärung mit der Universität und beim Mitbestimmungsverfahren erst am 01.07.2025 starten. Es wurde ein neuer Projektplan vorgelegt, der eine neue Beschlussfassung zum Vorlagezeitpunkt an den Senat erfordert.

Im ersten Schritt der Entwicklung einer KI-Strategie für die Freie Hansestadt Bremen (FHB) wurden umfassende Analysen zur digitalen Transformation und zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz durchgeführt. Das Audit, begleitet von Prof. Dr. Dr. Björn Niehaves und Jan Westermann von der Universität Bremen, stützte sich auf eine breit angelegte Mitarbeitendenbefragung mit einer Beteiligungsquote von rund 20 Prozent sowie auf 13 Expert:innenworkshops mit über 100 Teilnehmenden aus verschiedenen Ressorts, dem Magistrat Bremerhaven und der Bürgerschaftskanzlei. Die hohe Beteiligung verdeutlicht die Relevanz des Themas und schafft eine belastbare Grundlage für die Bewertung des Reifegrads der digitalen Transformation in der FHB.

Das KI-Audit zeigt insgesamt, dass die FHB bereits wichtige Fortschritte bei der digitalen Transformation erzielt hat. Gleichzeitig bestehen weiterhin erhebliche Potenziale in den Bereichen strategische Steuerung, Integration von Daten und Technologien, methodische Umsetzung, Personalentwicklung sowie kulturelle Verankerung. Die vollständigen Ergebnisse des Audits sind im Anhang dokumentiert. Sie bieten eine fundierte Basis für die weitere Entwicklung und den gezielten Einsatz von KI und Digitalisierung in der FHB. Die Entwicklung des Zielbildprozesses ist gestartet und die Use-Case Workshops sind in Planung. Das Projekt ist aktuell vor dem neuen Zeitplan.

Die nächsten Schritte: Die Konstituierung des Steuerungskreises wird am 09.10.2025 stattfinden. Die Use-Case Workshops werden zwischen dem 24.09.2025 und dem 10.10.2025 stattfinden.

Meilensteine der KI-Strategie:

02.06.2025: Beginn der Strategieentwicklung

31.07.2025: Kompetenzaufbau gestartet

31.10.2025: Zielbild

31.12.2025: KI Use-Cases

28.02.2026: Priorisierung Use-Cases und weitere Schritte

31.04.2026: Fertigstellung KI Roadmap (Ende des Projekts)

Im Anschluss der Strategieentwicklung folgt dann die Umsetzungsphase, die als weiteres Projekt neu zu planen und aufzusetzen ist. Unabhängig von der konzeptionellen Arbeit werden parallel konkrete Umsetzungsvorhaben in den Blick genommen. Die ressortübergreifende Einführung von LLMoin in der FHB auf allen BASIS.Bremen-Arbeitsplätzen wurde am 02.09.2025 erfolgreich durch den Gesamtpersonalrat mitbestimmt. Das Ausrollen erfolgt in einem zügigen gestuften Verfahren.

Die Projektleitung weist darauf hin, dass eine Strategie nur dann sinnvoll ist, wenn sie auch tatsächlich umgesetzt werden soll. Die Erwartungen der Ressorts, die aufgrund der Erarbeitung der Roadmap geweckt werden, sind groß. Die erforderlichen Ressourcen, die für eine erfolgreiche Umsetzung bereitzustellen sind, sind aktuell in den Häusern nicht vorhanden. Es wird daher vorgeschlagen, einen globalen Innovationsfond (z.B. mit dem Namen „Digital Impact Pool – DIP“ oder „NextGen Investment“ zu schaffen. Durch ein solches flexible Instrument mit der Governance eines funktionierenden und erfolgreichen Modells, wie es durch die Freie und Hansestadt Hamburg praktiziert wird, könnte die Motivation und die Umsetzungsbegeisterung aus der Konzeptionsphase unmittelbar in die Realisierung weitergetragen werden. SF wird dazu einen Vorgehensvorschlag unterbreiten.

Chatbot Telli für Schulen

Bremen hat am 20.06.2025 als erstes Bundesland Telli für alle Lehrkräfte freigeschaltet und nahm damit erneut eine Vorreiterrolle bei der Digitalisierung des Schulbereichs ein. Telli ist ein datenschutzkonformer KI-Chatbot, der speziell für den Bildungsbereich im Rahmen eines länderübergreifenden Vorhabens des Digitalpakts Schule entwickelt wurde. An Telli sind verschiedene Large Language Models angebunden. Das Hosting der Modelle und die Datenverarbeitung erfolgen ausschließlich in der EU. Bei der Anmeldung werden keine personenbezogenen Daten übertragen.

Lehrkräfte können über Telli beispielsweise vorbereitete Chaträume für ihre Lerngruppen freigeben, Arbeitsmaterialien generieren, Elternbriefe entwerfen oder Aufgaben übersetzen. Schüler können sich mit Telli gezielt bei ihren Aufgaben unterstützen lassen, Ideen generieren oder Projekte planen.

Telli wird nach und nach in weiteren Bundesländern ausgerollt. Seit September ist der Chatbot in Brandenburg verfügbar.

4) Chance „Zukunftsfähige Datennutzung in der FHB

In digitalen Prozessen des Verwaltungshandelns fallen täglich große Mengen an Daten an, die jedoch viel zu oft ungenutzt, unzugänglich und damit unverknüpft oder auch redundant in sog. Datensilos der Fachlichkeit liegen (bspw. Statistikdaten, Geo-Daten oder in Fachverfahren). Zur Erstellung von Vorlagen, der Beantwortung von Fragen aus Presse oder Bürgerschaft sowie für proaktive politische, strategische und operative evidenzbasierte Entscheidungen ist regelmäßig großer manueller und damit personeller Ressourcenaufwand nötig, um Daten aus den verschiedenen Quellen abzufragen, zusammenzuführen und aufzubereiten.

Es wurde im Auftrag der Lenku VD vom 02.07.25 eine ressortübergreifende Projektidee entwickelt, die derzeit konkretisiert und voraussichtlich in 2026 umgesetzt werden soll, um

1. über ein Grobkonzept Klarheit über Leitlinien bzgl. Standards, Schnittstellen, Prozesse, Rollen, Schulungsbedarfe und Verantwortlichkeiten in der FHB zu schaffen,
2. Strukturen zu schaffen, die sich ressortübergreifend Problemen und der Optimierung für die Arbeit mit Daten annehmen und entsprechende Maßnahmen steuern,
3. die wichtigsten Maßnahmen zur manuellen und KI-gestützten Arbeit mit Verwaltungsdaten verschiedener Datenquellen und -arten in einer Roadmap zu entwickeln,
4. signifikante Zeitersparnisse und Qualitätssteigerungen sowie neuartige Erkenntnisgewinne bei ausgewählten Use-Cases zum optimierten dienststellenübergreifenden Datenaustausch sowie der dienststelleninternen Datenanalyse zu belegen.

Die Staatsrät:innen der Lenkungsgruppe wollen „gemeinsam eine zukunftsfähige Datennutzung in der FHB ermöglichen, um spürbare Entlastungen für Bürger*innen, Unternehmen sowie öffentliche Stellen zu realisieren“. SF übernimmt hierbei eine koordinierende Rolle und verzahnt dieses Vorhaben zu einer sog. „Datenplattform“ eng mit dem Projekt „KI-Strategie“, aus dem sich relevante Anforderungen an eine zukunftsfähige Datennutzung ergeben und ebenfalls Use-Cases entwickelt werden.

Daneben koordiniert SF das föderale Vorhaben, das hochgradig strukturierte personen- und unternehmensbezogene „Nachweisdaten“ (Geburt, Heirat, Meldeadresse etc.) in den Blick nimmt, die sog. „Registermodernisierung“. Das Registermodernisierungsgesetz (RegMoG) und hier insbesondere das Identifikationsnummerngesetz (IDNrG) sowie der Staatsvertrag über die Errichtung, den Betrieb und die Weiterentwicklung des Nationalen Once-Only-Technical Systems (NOOTS-Staatsvertrag) geben Daten bereitstellenden (Data Provider – Register und Fachverfahren) und Daten nutzenden Stellen (Data Consumer – Onlinedienste) aller föderalen Ebenen Verpflichtungen auf, die in den kommenden Jahren in der FHB in Projekten umzusetzen sein werden, um den automatisierten Nachweisdatenaustausch zur Erreichung des „Once-Only-Prinzips“ zu ermöglichen.

Im Gremium wurde festgehalten, dass die Ressorts grundsätzlich für die Umsetzung der gesetzlichen und staatsvertraglichen Verpflichtungen der Registermodernisierung in ihrer Fachlichkeit verantwortlich sind und Ressortverantwortliche für die Registermodernisierung im Sinne des RegMoG benannt werden. Register und Onlinedienste werden die fachlichen und technischen Ertüchtigung umsetzen, die ID-Nummer einführen und schnellstmöglich an das National-Once-Only-Technical-System (NOOTS) und das Datenschutzcockpit angeschlossen. Eine Senatsvorlage soll das weitere Vorgehen konkretisieren, sobald die Rahmenbedingungen für ressortübergreifende Beschlüsse in Bremen in dem dynamischen Umfeld dieses föderalen Vorhabens vorliegen. In der Lenku VD und über die OZG-Koordinator:innen wird zur „Registermodernisierung“ an die Ressorts berichtet.

5) Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung

Zum Schwerpunktprojekt „Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“ wurde dem Senat bereits am 18. Februar 2025 umfangreich berichtet. Dabei wurde insbesondere zu 19 Schwerpunktmaßnahmen der aktuelle Sachstand dargelegt. Fünf dieser Maßnahmen waren zu diesem Zeitpunkt bereits abschließend umgesetzt. Inzwischen befinden sich alle 77 Maßnahmen des Pakts in der Umsetzung oder wurden bereits abgeschlossen.

In einem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 18. Juni 2025 wurde das Ziel der Umsetzung des Pakts in der ersten Hälfte der aktuellen Legislaturperiode des Bundestags von Bund und Ländern bekräftigt. Eine weitere Sachstandsabfrage zur Umsetzung durch die Länder wird voraussichtlich im Vorfeld der kommenden Ministerpräsidentenkonferenz Ende des Jahres erfolgen. In diesem Zusammenhang wird auch der genaue Umsetzungsstand der einzelnen Maßnahmen bei den jeweils zuständigen Fachressorts abgefragt werden.

Vor diesem Hintergrund wird an dieser Stelle auf eine längere Sachstandsdarstellung verzichtet.

C. Alternativen

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung / Klimacheck

Der Bericht der Lenkungsgruppe hat keine unmittelbaren finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Diese würden sich erst aus Folgeentscheidungen ergeben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Projekt werden vom Senator für Finanzen, der Senatskanzlei und den Fachressorts entsandt, so dass keine zusätzlichen Personalkosten entstehen.

Genderbezogene Auswirkungen sind bisher nicht ersichtlich. Die Auswahl der Schwerpunktthemen betrifft alle Geschlechter gleichermaßen.

Die Schwerpunktsetzung hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz. Inwieweit die einzelnen Maßnahmen positive oder negative Auswirkungen entfalten, ist im Einzelfall in Umsetzungsvorlagen zu bewerten

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage ist mit dem Senator für Inneres und Sport, der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration sowie dem Magistrat Bremerhaven und der Senatorin für Justiz und Verfassung und der Senatorin für Kinder und Bildung abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Vorlage ist für die Öffentlichkeitsarbeit und zur Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz geeignet.

G. Beschluss

1. Der Senat nimmt den Bericht der Lenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Lenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung, auf der Grundlage des neuen Projektplans die KI-Strategie zum 05.05.2026 vorzulegen.
3. Der Senat bittet den Senator für Finanzen um Prüfung der Einrichtung eines globalen Innovationsfonds zur Finanzierung von Projekten zur KI-Umsetzung und weiteren digitalen Investitionsvorhaben.
4. Der Senat bittet den Senator für Finanzen um Erarbeitung eines Governance Konzepts für einen solchen Innovationsfond bis 31.03.2026.
5. Der Senat bittet die Lenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung, ihn bis zum 30.09.2026 über die weiteren Arbeitsfortschritte zu unterrichten.
6. Der Senat nimmt ab der nächsten Sitzung auch die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation in die Lenkungsgruppe Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung auf.